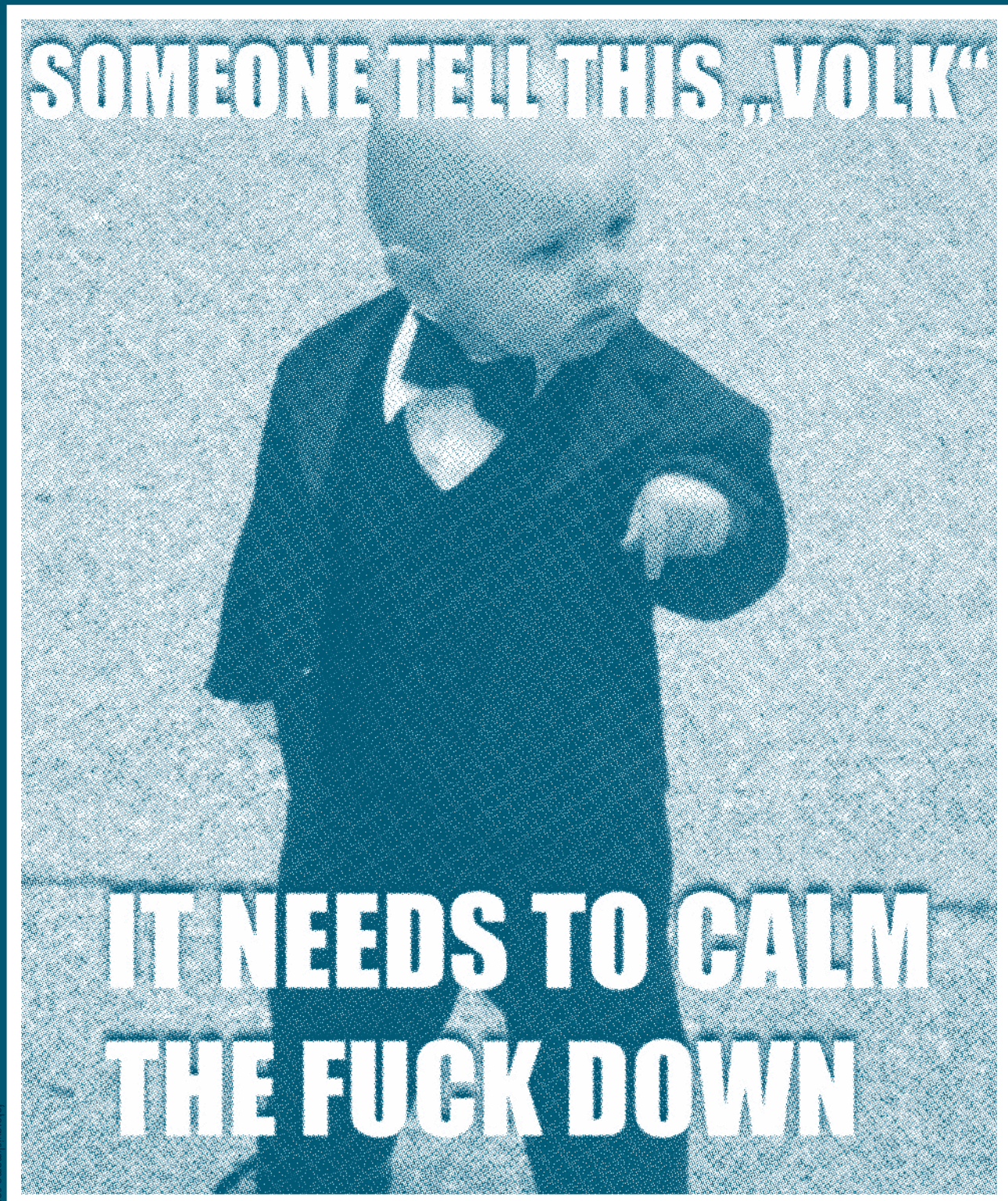


stadt.land.links

NR.3|1.Quartal 2016

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos



SCHWERPUNKT: WIDER DEN RECHTSRUCK

INHALT



Juso-Bunte
Gleichstellungs-Edition

6

SCHWER- PUNKT: WIDER DEN RECHTSRUCK



Worum es wirklich geht

8

Hass im Netz

9

Interview

10

Demokratie gibt's nicht für
lau!

12

Anschlags-Chronik

14

KRITIKEN

16

Aus den Unterbezirken

18



Brexit

20

Linker Aufbruch

22

Bericht vom Forum

23



Die Außenansicht



LIEBE NRW JUSOS,



der 13. März 2016 war kein guter Tag für die Demokratie insgesamt und für die Sozialdemokratie im Speziellen. In drei Landtagswahlen erzielte die AfD zweistellige Ergebnisse, die SPD kam zweimal heftig unter die Räder. Der/dem Letzten dürfte nach diesen Wahlen klageworden sein, dass die Parteienlandschaft in Deutschland sich gravierend verändert hat – und dass darauf dringend Antworten nötig sein werden. Antworten, die aus unseren Werten und Überzeugungen für eine bessere Zukunft entstanden sind – und nicht aus der Hüfte geschossen.

Als Jusos isst ja immer so ne Sache. Man stellt Forderungen an die Partei, wirft ihr Rückständigkeit vor und versucht, sie mit progressiven Ideen vor sich her zu treiben. Manche dieser Ideen landen schnell im Papierkorb, andere finden Gehör, werden leidenschaftlich diskutiert und schaffen es in Beschlussbücher. Manche wenige werden sogar zu konkretem Regierungshandeln – wie z.B. die Abschaffung der Studiengebühren oder der Bildungsurlaub für Azubis in NRW. Im Vorfeld der Landtagswahlen im März ist etwas anderes passiert: Da hat unser Parteivorsitzender nämlich quasi über Nacht unsere komplette Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau!“ übernommen und zur Parteiräson erklärt. Mit einem großen Plädoyer für Investitionen in

Bildung, Infrastruktur, den Sozialstaat als Garant für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Also genau das, wofür wir seit über einem Jahr streiten.

Nun müssten wir uns eigentlich freuen. Wären da nicht diese vielen ABERs. Ja, es wurden sogar ziemlich schnell Investitionen beschlossen – ABER es waren für die tatsächlichen Kernbereiche eher minimale Dosen. Ja, es geht wirklich um Zusammenhalt – ABER in der Ausgangslage wurde einem widerlichen WIR DEUTSCHE und DIE FLÜCHTLINGE das Maul geredet. Ja, es soll mehr ausgegeben werden – ABER die Schwarze Null darf nicht fallen. Ja, das Anliegen klingt sozialdemokratisch – ABER mit der Großen Koalition wird es niemals konsequent umgesetzt werden. Und damit sind wir wieder bei „Aus der Hüfte geschossen.“

Dabei wurde gerade eine langfristige Politik unter dem Stichwort „Haltung“ gefeiert und als Ursache für den Wahlsieg von Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz ausgemacht. Genau da muss die gesamte Partei endlich wieder hin. Zu einer Position, mit der man eine klare Haltung verbindet. Einem Standpunkt mit Weitblick und Überzeugung. Vielleicht hat der Parteivorsitzende gerade aus Versehen die richtige Richtung eingeschlagen. Dann müssen wir jetzt dafür sorgen, dass er auf diesem Kurs

bleibt. Denn sonst droht uns der Laden um die Ohren zu fliegen. Gerade im Hinblick auf die Landtagswahlen in NRW im Mai 2017 kann das keine Option sein. Wir haben jetzt ein gutes Jahr Zeit, diesen Weg zu pflastern. Und wir sollten genau jetzt damit anfangen.

Nicht durch Zufall beschäftigt sich dieses Heft deshalb auch vor allem mit Haltung. In unserem Heftschwerpunkt fordern wir in der komplett außer Kontrolle geratenen Debatte um Geflüchtete eine Rückkehr zur Vernunft und zeigen Wege auf, wie dies gelingen kann. In einem Bericht über die EU-Austrittsbewegung der Briten geht es um eine klare europäische Haltung. Und wir zeigen, wie zwei (alte, weiße) Männer mit Haltung gerade ihre Länder aufmischen. Dazu wie immer viele großartige Aktionen aus Unterbezirken, kulturelle Highlights und spannende Berichte – 24 Seiten voller Haltung. Viel Spaß beim Lesen und – haltet durch.

Glück Auf,

F. Cordes

Euer Freddy Cordes,
Landesvorsitzender der NRW Jusos



"Vor 2 Jahren als spontane Idee begonnen, fand dieses Jahr zum 3. Mal unsere Fotoaktion „Ich bin Feminist*in, weil...“ statt. Der erste Shitstorm hat gezeigt, dass Bekenntnisse zu feministischen Forderungen auch heute noch aufstoßen. Gleichzeitig war die große Solidarität innerhalb und außerhalb des Verbands überwältigend. Für uns war klar - jetzt erst recht! Und mit der hohen Beteiligung, internationa-

len Beiträgen und über 5000 erreichten Menschen bei Facebook, war die Aktion auch 2016 ein voller Erfolg. #saythedirtyword"

Sarah Weiser, Vorsitzende der Jusos Münster

RANDOM ZETKIN-QUOTE

„Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein.“

Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris, 19. Juli 1889.
Protokoll: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd.I, Berlin 1957





Frauen verdienen noch immer fast 22% weniger als ihre männlichen Kollegen. Bis zum 19.03 hätten sie arbeiten müssen, um auf das Gehalt zu kommen, das die Männer schon am Jahresende in der Tasche hatten. Ein gerechtes Entgeltgleichheitsgesetz ist mehr als überfällig. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: *Handelt endlich - damit wir nicht auf die Hilfe von Superheld*innen angewiesen sind!*



**ZUM INTERNATIONALEN FRAUENKAMPFTAG HABEN WIR UNS DIESES JAHR AUFGEMACHT, UNSERE STÄDTE ZU EROBERN. OB STRASSENUMBENENNUNG ODER FEMINISIERUNG VON DENKMÄLERN:
IT'S A **#FEMCITY!****



WORUM ES WIRKLICH GEHT

Ein Plädoyer für die Rückkehr zur Vernunft in einer völlig entgleisten Debatte.



Deutschland 2016: Ein aufgeschreckter Mob patrouilliert durch die Straßen und das Internet. Angetrieben von den „Ereignissen von Köln“ flüchten die Menschen sich in Hass und Gewalt. Argumente dringen nicht mehr durch. Die Gewalt gegen Geflüchtetenunterkünfte und Menschen die „nicht deutsch“ erscheinen nimmt noch einmal zu. Die Politik reagiert wie immer und gibt den Stimmen der besorgten HetzerInnen nach – inklusive SozialdemokratInnen, die mal wieder den Steigbügelhalter für Asylrechtsverschärfungen spielen. Gleichzeitig entsteht mit der AfD eine neue rechtsradikale Kraft im politischen Spektrum, die mit unheimlichen Wahlerfolgen Selbstbewusstsein tankt. Diesem giftigen Gesamtkonstrukt rufen wir entgegen: Deutschland, komm mal klar!

Wir wollen diese entgleiste Debatte wieder auf die Schiene setzen. Im Vordergrund muss dabei die gemeinsame Gestaltung der Zukunft stehen. Das gelingt nur mit einer Rückkehr zur Solidarität und einer klaren Haltung wider den Rechtsruck. Doch zuerst wollen wir daran erinnern, auf wessen Rücken "das Volk" seinen Hass in die Welt posaunt. Dazu haben wir uns mit Ahmad unterhalten, der mit seiner Schwester und seinem Neffen aus Syrien zu uns geflüchtet ist. Lest hier seine Geschichte.

Ahmad ist 23, studiert Englisch in Aleppo, Syrien. Er möchte einmal Lehrer werden. Doch seine Heimatstadt wird in den letzten Jahren zum Inbegriff des Syrienkriegs. Dort liefern sich die Truppen des Machthabers Assad besonders heftige Gefechte mit den oppositionellen Befreiungsarmeen. Seine Eltern sind bereits nach Saudi-Arabien geflüchtet. Doch das Scheich-Regime verweigert den Nachzug der Familie. Zusammen mit seinem Bruder und seiner Schwester, sowie einem Neffen bleibt Ahmad also zunächst in Aleppo – er will versuchen weiter zu studieren, sich politisch raus zu halten. Sein Bruder kann das nicht. Er schließt sich den Oppositionellen an, um gegen Assad zu kämpfen. Diesen Kampf bezahlt er eines Tages mit seinem Leben. Als gleichzeitig die Bombardements gegen die Zivilbevölkerung immer heftiger werden und ganze Stadtteile in Schutt und Asche liegen, reift ein Entschluss. Das ist der Moment, in dem Ahmad klar wird: Hier kann ich nicht bleiben – wenn meine Schwester, mein Neffe und ich überleben wollen, müssen wir weg.

Zuerst heißt es einfach nur: Raus aus Aleppo, raus aus dem Bombenhagel, Richtung Norden, Richtung Türkei. Seine Schwester Ahlam, ihr vierjähriger Sohn Jubran und Ahmad machen sich auf den Weg. Mit dem Nötigsten, verstaut in wenigen Taschen. An der türkischen Grenze tauchen die ersten Probleme auf: Die Türkei will niemanden einreisen lassen – wegen Terrorgefahr. Nach zwei Tagen Ausharren im Freien geht es dennoch weiter – zu Fuß durch das Gebirge. Sie schlagen sich nach Izmir durch, eine Millionenstadt, in der sich während des Syrienkrieges ein funktionierendes „Geflüchteten-gewerbe“ gebildet hat. Heißt: Dort gibt es eine Schmuggler- und Schlepperszene, an die sich wenden muss, wer weiter will. Sie müssen eine Schutzgebühr bei einer Art Versiche-

rungsbüro hinterlegen und dürfen dafür einen Versuch machen, mit einem Schlauchboot und Dutzenden anderen Passagieren auf eine der griechischen Inseln überzusetzen. Beim ersten Versuch greift die türkische Küstenwache ihr Boot auf und schleppt sie zurück in die Türkei. Dort angekommen lassen die Behörden sie einen ganzen Tag ohne Schutz in der brennenden Sonne warten, bis sie mit Papieren zurück kehren. „Wir sollten unterschreiben, dass wir es nicht noch einmal versuchen.“, erklärt Ahmad. Doch natürlich versuchen sie es erneut, weil sie wissen, dass es in der Türkei keine Perspektive für sie gibt. Der zweite Versuch scheitert jedoch schon vor der Küste, da die türkische Armee die Strände abgesperrt hat. Den dritten Versuch bricht Ahmad ab: mit 60 Leuten sollen sie auf ein viel zu kleines Boot für die Überfahrt. Das Risiko will Ahmad nicht eingehen – zu groß ist seine Angst um Ahlam und den kleinen Jubran. Das Geld behalten die Schlepper natürlich trotzdem.

Nach zwei erfolglosen Wochen entscheiden sie sich, nach Bodrum weiter zu reisen und es von dort zu versuchen. Auch dort bleibt das Glück zunächst aus. Erst verreckt der Motor des Fluchtbootes, dann lassen die Schmuggler sie tagelang warten. Mittlerweile wird das zusammen gekratzte Geld knapp: Bereits 1500 Euro hat die Flucht aus Syrien bis zur türkischen Grenze schon gekostet. Genug Geld für die „geregelt“ Überfahrt haben sie nicht mehr und entscheiden, zunächst in der Türkei zu bleiben – auch wenn sie wissen, dass es dort keine Hilfe für Flüchtlinge gibt. Denn das nackte Überleben ist immer noch eine bessere Perspektive als in der Heimat im Krieg zu sterben. Doch dann haben die drei zum ersten Mal auf ihrer Flucht so etwas wie Glück und bekommen ein Angebot für eine Überfahrt auf die griechische Insel Kos. Die Überfahrt klappt, doch die Erleichterung währt nicht lange: auf Kos geht das Chaos weiter. Ahmad will sich und seine Familie bei der Polizei anmelden. Doch die örtliche Wache ist heillos überfüllt. Geflüchtete Menschen warten auf der Straße auf ihre Registrierung, so etwas wie ein Auffanglager gibt es nicht. Menschen übernachten am Straßenrand, in Zelten oder unter dem freien Himmel. Geld haben die allermeisten Geflüchteten keins mehr – nur dank freiwilligen HelferInnen kriegen sie einigermaßen geregelt etwas zu Trinken und ein oder zwei Baguettes am Tag. Ahmad organisiert ein Zelt, es wird solange das Zuhause für ihn, seine Schwester und den Neffen, bis sie sich endlich bei der Polizei registrieren können. Nach acht Tagen Warten, täglichem Anstehen, Hoffen und Bangen, kommen sie endlich durch und werden registriert.

Mit der Registrierung dürfen sie die Insel Kos nun verlassen, schlagen sich nach Athen durch und von dort Richtung Balkanroute. In Teilabschnitten geht es über Mazedonien nach Serbien, mal ein paar Kilometer per Bus, viele Stunden jedoch zu Fuß. In Serbien heißt es, dass ihre griechische Registrierung nicht ausreicht und sie serbische Papiere zur Weiterreise benötigen. Also schlagen sie sich irgendwie nach Belgrad durch, wo sie völlig entkräftet ankommen und zunächst ausruhen wollen. Doch schon gehen unter dort bereits angekommenen Geflüchteten die Nachrichten um, dass die ungarische Grenze geschlossen wird und man sofort weiter müsse, wenn man nicht in Serbien festsitzen wolle. Also geht es ohne Schlaf und mit dem letzten Geld per Bus zur serbisch-ungarischen Grenze. Was sie hier erleben, verdeutlicht die ganze Abscheulichkeit und Unmenschlichkeit der europäischen Flüchtlingspolitik. An einer Bahnlinie, die den Grenzübergang markiert, sammeln sich hunderte Geflüchtete und Dutzende Schmuggler,

die einen sicheren Transfer anboten. Die Geflüchteten, alle vollkommen erschöpft und nervös, sind sich uneinig, es bricht eine Panik aus, Menschen laufen unkoordiniert los. Ahmad verliert im Gedränge Ahmal und Jubran aus den Augen – und wird plötzlich mit mehreren Leuten von der ungarischen Polizei aufgegriffen und zu einer Art Sammelstelle gebracht. Alle Geflüchteten dort einte eins: Sie wurden von Angehörigen oder Freunden getrennt, ohne Möglichkeit miteinander zu kommunizieren, ohne Infos und Hilfe von Behörden.

Für Ahmad beginnt die schlimmste Zeit. Drei Tage und Nächte versucht er, irgendwie seine Schwester und seinen Neffen zu erreichen – ohne Erfolg. An Schlaf ist nicht zu denken. Dann bringt die ungarische Polizei ihn und die anderen Geflüchteten mit Bussen in ein anderes Lager an der ungarisch-tschechischen Grenze. Dort sucht Ahmad weiter nach seiner Schwester – und trifft auf zahlreiche Menschen, die ebenfalls Angehörige verloren haben. Er freundet sich mit einem etwa Gleichaltrigen an, der seinen Bruder sucht und dessen Handy über eine stabile Internetleitung verfügt. Über Facebook versucht er, seine Schwester zu erreichen – nichts. Mitten in diese Ungewissheit kommt die Order der ungarischen Polizei, einen Zug zu besteigen. Dieser bringt sie in die Nähe der österreichischen Grenze, wo die Geflüchteten gezwungen werden, einen Sieben-Kilometer-Marsch auf die andere Seite zu unternehmen. In Österreich werden die Geflüchteten herzlich empfangen, es gibt zahlreiche freiwillige HelferInnen und zumindest den Willen, eine menschenwürdige Unterkunft bereitzustellen. Doch Ahmad nimmt das alles nicht wahr. Zu groß sind seine Sorgen um die Schwester und den kleinen Neffen. Eine Helferin bemerkt seinen Kummer und fragt, ob sie ihm helfen könne.

Er schildert ihr sein Schicksal und sie entschließt sich kurzerhand, ihn zum Bahnhof nach Wien zu bringen. Von dort aus gelangt Ahmad nach Salzburg, wo zahlreiche Flüchtende auf die Weiterfahrt nach Deutschland warten. Er entscheidet sich, einen Bekannten anzurufen, der seit sechs Monaten in Deutschland ist. Wie durch ein Wunder berichtet dieser Bekannte, dass er Ahmads Schwester Ahmal am Bahnhof in München getroffen hat. Zusammen mit dem Neffen, beide unverseht. Die unvorstellbare Erleichterung weicht sehr schnell der Ungeduld, sofort nach München weiterreisen zu wollen. Doch es ist mitten in der Nacht und der nächste Zug geht erst am Morgen. Als er endlich im ersten Zug sitzt und München erreicht, kann er aber nicht einfach los und seine Schwester suchen. Zunächst wird er stundenlang mit hunderten Geflüchteten festgehalten, dann in einen weiteren Zug geführt. Dieser bringt sie in ein Auffanglager, das er nicht verlassen darf. Nach weiteren Stunden Warten, der Verzweiflung nahe, traut er seinen Augen kaum: Am Haupteingang des Lagers entdeckt er seinen Bekannten zusammen mit seiner Schwester. Nur weil sein Bekannter bereits Übergangspapiere hat, die seinen Status klären, können die BeamtenInnen überzeugt werden, dass Ahmad das Camp mit seiner Schwester verlassen darf. Mehr als zwei Monate haben sie für ihre Flucht gebraucht. Das sind acht Wochen zwischen Hoffnung und Lebensgefahr. Über 60 Tage durch acht verschiedene Länder mit unterschiedlichen Graden an Feindseligkeit und Ablehnung, angetrieben nur von dem Willen, zu überleben. Dass sie es geschafft haben, jetzt in Sicherheit sind und auf ein neues Leben hoffen können, hat für Ahmad nur einen Grund: „Wir hatten sehr sehr viel Glück.“



Sie flüchteten vor dem Krieg in ihrer Heimat Syrien: Ahmad, Ahlam und Jubran



Gesellschaft im Social- Hühnerstall

Über die Rolle der traditionellen Medien in der
Social-Media-Gesellschaft

Was habe ich mit meinen dreißig Jahren¹ nicht schon alles für Jahrhundertereignisse, Zeitenwenden und Hypertrends mit-, und bis jetzt sogar ausnahmslos überlebt: Y2K, Klimawandel, Clash of Civilisations, Great Recession, BSE, 9/11, EHEC – ja sogar das beim Zusammenbruch der Sowjetunion prognostizierte Ende der Geschichte. Bei jedem dieser Ereignisse waren sich die medialen KommentatorInnen stets sicher: „Unser Leben wird sich gravierend verändern!“

Im Augenblick stecken wir mal wieder mitten drin, in einer dieser sogenannten „Zeitenwenden“. Die Rede ist natürlich von der „Flüchtlingskrise“². Die Kommunen müssen gerade nicht zu vernachlässigende Anstrengungen unternehmen, um die menschenwürdige Unterbringung und anschließende Integration von Flüchtlingen zu organisieren. Gewendet hat sich aber vor allem eins: Das Klima in der Debatte. Wenn man 30 Jahre alt ist, weiß man allerdings, dass Hasskommentare und brennende Asylbewerberheime nichts Neues sind in Deutschland. Trotzdem scheinen die Diskussionen in den Medien heute hitziger, radikaler und respektloser und vor allem hochfrequenter geworden zu sein. Das neue Debattenklima fällt wohl nicht zufällig mit einer grundlegend geänderten Mediennutzung zusammen. Wo früher Massenmedien konsumiert wurden, wird heute gelesen was Freunde, Familie und Bekannte zu sagen oder zu teilen haben. Viele Menschen können heute mit wenigen Klicks entscheiden, was es zu sehen, lesen oder hören gibt. Was früher schon auf Stammtischen oder am Küchentisch geäußert wurde und dort blieb (!), wird heute in Kommentarspalten und

Tweets einem großen Publikum mitgeteilt. Die Verrohung der Debattenkultur scheint also nur die logische Folge der Digitalisierung unserer Kommunikation zu sein.

Doch wie verhalten sich die traditionellen Medien heute? Schließlich wäre doch in Zeiten der Aufregung und Verunsicherung eine stabilisierende Institution Gold wert. Redaktionen, die Falschmeldungen entlarven, die die neusten Ereignisse in den langfristigen Zusammenhang stellen und dadurch relativieren. Kurz: Jemand, der die aufgeschreckte Hühnerbande in den sozialen Medien mal beruhigt.

**DOCH MEDIEN WAREN SCHON
IMMER DARAUF ANGEWIESEN,
EREIGNISSE ZU JAHRHUNDER-
TEREIGNISSEN UND ZEITENWEN-
DEN HOCHZUSTILISIEREN.**

Deshalb sind die traditionellen Medien nicht der/die AufseherIn im Hühnerstall. Vielmehr gehören sie mitunter zu den wildesten Hennen und Hähnen, die das ganze Chaos anheizen. Sie sind nämlich vollkommen der Logik und Zwänge der sozialen Medien unterworfen. Was früher nur für die naserümpfend unter „Boulevard“ subsummierten Medien galt, hat sich heute auf viele „renommierte“ Blätter ausgeweitet: Jede einzelne Meldung muss sich verkaufen, muss Klicks, Shares und Reichweite produzieren. Das gelingt natürlich besser mit erschreckendem, provozierendem und emotionalisierendem Inhalt. Mittlerweile gründen sich ganze Verlage (z.B. der Kopp-Verlag), sowie ein eigenes Genre an empörungswissenschaftlichen Seiten (KenFM, Wissensmanufaktur etc.) auf einer Verängstigungs- und Aufhetzlogik. Und ein russischer Staatssender grün-

det einen deutschen Ableger, um mit aus dem Kreml gelenkter Propaganda Verwirrung zu stiften.

Die Auswirkungen der Socialmedia-Abhängigkeit der traditionellen Medien werden deutlich in der „Flüchtlingskrise“ und im Besonderen nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht. Nicht nur, dass sich die Masse jetzt sehr schnell empört und emotionalisiert – die Besonnenheit und Standhaftigkeit werden den handelnden Personen obendrein als Schwäche ausgelegt. Hannelore Kraft, die sich mehrere Tage nach den Ereignissen von Köln Zeit ließ, bevor sie Stellung bezog, wurde genau das zum Vorwurf gemacht. Angela Merkel wird vorgeworfen, dass sie seit Monaten an der Position „Wir schaffen das!“ festhält. Für die Zukunft würde ich mir von allen Beteiligten mehr Gelassenheit im Umgang mit sozialen Medien wünschen. Vielleicht wartet man mal alle Fakten ab, bevor ein Ereignis kommentiert wird. Vielleicht misstraut man mal dem Kommentator, der ein neues Jahrhundertereignis anbrechen sieht. Facebook und Twitter ohne unnötig emotionalisierte Posts, ohne übereilte Verurteilungen und hastige Statements, das wäre doch mal eine Zeitenwende. Denn eins ist klar: Die ewiggestrigen rechten Spinner werden trotzdem bei ihrem „Lügenpresse“-Quatsch bleiben. Rennen wir ihnen nicht auch noch hinterher.



Jan Siebert (30) ist Mitglied im Landesvorstand und dort im Schwerpunkt „Wirtschaft von morgen“. Er arbeitet als Volkswirt an der Universität Duisburg-Essen. Zwischen 2008 und 2011 war er Vorsitzender der Jusos im Kreis Unna. Trotz seiner westfälischen Herkunft liebt er den Rheinischen Frohsinn und obwohl er in Dortmund lebt, brennt er für den FC Bayern.

¹ Für Jusos sind 30 Jahre sehr alt. Weltgeschichtlich gesehen bin ich mit dreißig noch ein ganz junger Hüpfen.

² Leider hat sich noch kein anderer Begriff dafür etabliert, aber klar ist natürlich die Krise wird nicht von Flüchtlingen sondern von RassistInnen verursacht. Aber schon hier greift die perverse Skandalisierungslogik: „Only bad News are good News“ – eine „Krise“ verkauft sich.

Rainer Schmeltzer (55) ist seit 01. Oktober 2015 Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit 2005 gehört der gebürtige Lüner dem Landtag an und war u.a. stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sowie arbeitsmarktpolitischer Sprecher. Bereits mit 16 trat er in die SPD ein und kann auf ein langjähriges Juso-Engagement zurückblicken.



INTERVIEW

Lieber Rainer, Du bist seit Oktober 2015 Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW. Vielleicht eine grundsätzliche Frage zu Beginn: Was ist für dich Integration?

Menschen unterschiedlicher Herkunft sollen friedlich mit- und füreinander leben. Mit Blick auf die Geflüchteten heißt Integration für mich ganz konkret, unter Anerkennung der Grundwerte in Deutschland, in unsere Gesellschaft einbezogen zu werden, ob Kultur, Sport oder Nachbarschaft. Teilhabe an Bildung und Arbeit zu haben. Das Miteinander, wie es heute mit über vier Millionen Menschen in NRW mit Migrationshintergrund und bereits seit Jahrzehnten erfolgreich funktioniert.

Als Minister begegnest du ja sowohl frisch angekommenen Geflüchteten, als auch schon lange in Deutschland lebenden ZuwandererInnen. Wie nehmen die Betroffenen die Stimmung und die Debatte wahr?

Kinder, Frauen und Männer sind auf der Flucht vor Krieg und Zerstörung. Sie benötigen Hilfe und nicht Ablehnung. Gerade die Leute, die schon länger in Deutschland leben, leisten wichtige Arbeit in der Integration. Es ist positiv, wenn Geflüchtete in Deutschland auf Menschen mit gleicher Herkunft treffen und Unterstützung in der eigenen Muttersprache geboten bekommen. Auch das selbstlose Engagement der zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ist einfach großartig.

In der Medienlandschaft, aber auch im politischen Diskurs dominieren spätestens seit Silvester die Themen „Grenzsicherung“ und „Reduzierung von Zuwanderung“, während viel zu wenig über Integration gesprochen wird. Wie kann das geändert werden?

Abschottung ist keine Lösung. Wir müssen das Thema Integration offensiv angehen. Von daher ist es richtig und wichtig, dass jetzt auf Initiative der Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin, auf Bundesebene ein Eckpunktepapier, eine Art „Masterplan“ zur Integration erstellt wird. Das wollen alle 16 Bundesländer und die Bundesregierung einvernehmlich. Der Entschließungsantrag im Bundesrat am 27.02.16, auf Initiative von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, leistet einen wesentlichen inhaltlichen Beitrag zu diesen Regelungen. NRW macht bereits den nächsten Schritt. Ein Integrationsplan ist auf den Weg gebracht. Nordrhein-Westfalen ist durch Migrationsgeschichte geprägt und diese Erfahrung nutzen wir für die zukunftsfeste Gestaltung des Einwanderungslandes NRW.

Die Bundesregierung wirkt uneins beim Kurs in der Flüchtlingspolitik. Gerade die CSU bedient fleißig den rechten Rand der Gesellschaft und setzt sich damit auch noch durch. Wie kann es gelingen, endlich wieder sachlich über Lösungen für die momentanen Herausforderungen zu diskutieren?

Eine sachliche Diskussion kann nur gelingen, wenn alle drei Koalitionspartner dazu beitragen. Insbesondere die CSU sollte endlich aufhören, den populistischen Rand zu bedienen. Stammtischparolen sind beim Thema Integration nicht hilfreich. Die Kanzlerin muss die CSU zur Ordnung rufen. Wir Sozialdemokraten stehen für solidarische Antworten auf die Fragen unserer Zeit.

Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Geflüchtete bundesweit – auch in NRW – massiv zu. Brandanschläge und gewalttätige Übergriffe sind fast schon an der Tagesordnung. Ist es ein Versagen der etablierten Politik, dass ein Nährboden für so eine Gewalt entstehen konnte?

Es ist kein Versagen der etablierten Parteien. Vielmehr ist die Gesellschaft aufgerufen, sich genau anzusehen, was der rechte Rand gerade zu provozieren versucht. Das erinnert an die Anfänge der 1930er Jahre. Wir dürfen Fehler nicht zweimal begehen. Aufklärung und Gespräche mit jedem Einzelnen vor Ort sind bitter nötig. Alle sind gefordert ihren Beitrag zu leisten, damit der rechte Rand nicht die Mehrheit bekommt, die er mit Populismus, Gewalttaten und Brandanschlägen erzielen will. Jede auch nur beiläufige rechte Bemerkung, jeder ach so „lustige“ Witz zu Lasten der Flüchtlinge, jedes „Posting“ in den sozialen Medien mit rechtsextremen Hintergrund bedarf des tatsächlichen Einspruchs der Gesellschaft, jedes Einzelnen! Gegebenenfalls bis hin zur Strafanzeige.

Mit der AfD droht eine Partei, die dem rassistischen Mob eine Stimme gibt, nach einigen Wahlerfolgen auch in den nordrhein-westfälischen Landtag einzuziehen. Spätestens seit den Aussagen zum „Schießbefehl“ an der Grenze ist auch das letzte Stück der bürgerlichen Fassade gefallen. Hannelore Kraft hat angekündigt, nicht in Talkshows mit der AfD zu gehen. Andere Stimmen sagen, man solle diese Hetzer auch dort stellen. Was sagst Du?

Ich kann die Entscheidung von Hannelore Kraft sehr wohl nachvollziehen, der AfD im näher rückenden Wahlkampf keine Plattformen bieten zu wollen. Die Ministerpräsidentin und SPD-Vorsitzende hat durchaus recht, wenn sie sagt, dass TV-Diskussionen nicht der Zielort sind, um politische Probleme zu lösen. Stattdessen braucht es Aufklärung der Bevölkerung darüber, was diese AfD tatsächlich vorhat. Das Lesen ihrer sogenannten Parteiprogramme kann hierbei hilfreich sein und manchem die Augen öffnen. An jedem Ort und bei jeder Gelegenheit sind die Menschen über die wahren Hintergründe aufzuklären.

Das Interview führte Fabian Bremer.



ALERTA, ALERTA ANTIFASCISTA

AM 4. JUNI AUF NACH DORTMUND!

Seit 2010 gibt es Demonstrationen der Nazi-Szene unter dem Titel „Tag der deutschen Zukunft“ (kurz TddZ). In diesem Jahr soll der Aufmarsch zum ersten Mal in Dortmund unter dem Motto „Unser Signal gegen Überfremdung“ stattfinden. Wir müssen leider davon ausgehen, dass die rechten Menschenfeinde an diesem Tag hunderte Kameradinnen und Kameraden aus dem ganzen Bundesgebiet und dem Ausland nach Dortmund mobilisieren werden, um gemeinsam ihre Hetze zu verbreiten. Wie immer werden mehr Informationen erst wenige Tage vor dem Aufmarschtag bekannt sein – inklusive Gerichtsent-scheide und genaue Abläufe. Und so ist die vorläufige Aufgabe für Euch: **Merkt Euch den 04.06. vor und kommt gemeinsam nach Dortmund!** Die Jusos Dortmund werden vor Ort sein und sind für Euch als Ansprech-partnerin erreichbar. Die Planungen für eine gemeinsame Gegenaktion mit den Bündnissen gegen rechts sind bereits angelaufen. Sicher ist, dass wir uns mit möglichst Vielen den Nazis entgegenstellen werden. Kein Fußbreit den Faschisten – weder in Dortmund, noch sonstwo! Wir sehn uns in Dortmund!



Anna Spaenhoff (27) ist Mitglied im Landesvorstand und eine wahre „Perle“ aus dem Dortmunder Ruhrgebiet. Sie studiert Politikwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen und engagiert sich u.a. im Bereich Antifaschismus, Bündnisarbeit und im LaVo-Schwerpunkt „Gesellschaft von morgen“.

DEMOKRATIE GIBT'S NICHT FÜR LAU!

WIR BRAUCHEN INVESTITIONEN GEGEN RECHTS, UM
SCHNELL AUS DEM FINSTEREN TAL DES FASCHISTISCHEN
AUFSCHWUNGS ZU KOMMEN

Der Schock vom 13. März sitzt noch tief. Mit der AfD ist eine rechtspopulistische und völkische Partei zweistellig in alle drei Landtage eingezogen. So erschreckend das Wachsen einer rechten Partei und der Rechtsruck der Gesellschaft in den vergangenen Jahren und vor allem Monaten ist, so wenig einmalig ist eine solche Entwicklung im bundesdeutschen Kontext.

1966 war schon einmal eine faschistoide Partei mit 9,82 Prozent in den Baden-Württemberger Landtag eingezogen: Damals ist die NPD auf dem Vormarsch gewesen. Dramatische Einstürze im Ländle gab es damals übrigens für die SPD. In Bonn regierte die erste Große Koalition – und die soziale Lage im Land war nach dem „Wirtschaftswunder“ relativ entspannt, aber weniger dynamisch. Trotzdem keimte der Faschismus auf. Bei der Bundestagswahl 1969 drohte er, seinen Weg ins Bundesparlament zu finden. Dass es damals anders kam, ist auch mit sozialdemokratischen Politikentwürfen verbunden: Die Sozialdemokratie setzte sich stark für keynesianische Globalsteuerung, vorausschauende Bildungs- und Sozialpolitik ein. Kurzum: Wirtschaftliche und soziale Investitionen als schnelles Gegenmittel!

Bei der Wahl 1969 rechneten alle mit dem NPD-Einzug in den Bundestag. Sogar ein neues Wahlrecht, das den Aufstieg der Rechten verhindern sollte, wurde diskutiert. Bei der Wahl aber verfehlte die NPD mit 4,3 Prozent den Einzug in den Bundestag. Vor allem dank der starken Mobilisierung der SPD. Das faschistische Gedankengut war damit keineswegs ausgemerzt, aber ein schneller Weg aus dem finsternen Tal des faschistoiden Aufstiegs war gefunden. In der NPD begann ein heftiger Streit um die Ausrichtung der Partei, in deren Folge sie in den kommenden Jahren in kein Landesparlament mehr einziehen konnte und bei der Bundestagswahl 1972 nur noch auf ein Ergebnis von 0,6 Prozent kam.

Für die SPD dagegen begann ihr goldenes Zeitalter. Nicht nur, dass sie das erste Mal in der Bundesrepublik den Kanzler stellte: Sie hatte – für wenige Jahre – wirtschaftspolitische Deutungshoheit. Die Konservativen wussten den keynesianischen Narrativen nichts entgegenzusetzen.

Genau umgekehrt war es, als die Weimarer Republik nach dem Schwarzen Freitag von 1929 in eine tiefe Wirtschafts- und Gesellschaftskrise rutschte. Die ohnehin stark organisierten antidemokratischen, reaktionären und faschistischen Kräfte wurden stärker. In der letzten demokratischen Regierungen unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller fand sich kein passendes Gegenmittel. Der erste Kanzler eines undemokratischen „Präsidialkabinetts“ Brüning erfand – statt einer Lösung – einen „Brandbeschleuniger“, der den Schmelbrand der Republik erst richtig entfachte: Mit seinen Austeritätsprogrammen zerstörte er die wirtschaftliche und soziale Grundlage der Demokratie, statt Dynamik und demokratischen Spielraum zu entfalten.

Nach dem Krieg waren es wieder Investitionen, die wichtige Schritte aus der faschistischen Krise wiesen: Nachdem die Alliierten Nazi-Deutschland 1945 vernichtend geschlagen hatten, liefen Bemühungen zur Entnazifizierung. Diese waren jedoch nicht im Ansatz abgeschlossen, als im Westen demokratische Strukturen von unten aufgebaut wurden. Auch Dank des Investitionspakets des Marshallplans gelang es in der Bundesrepublik, eine positive Dynamik auszulösen, die den Aufbau demokratischer Strukturen begünstigte. Rechte Strukturen konnten zwar nicht verhindert werden – bei der Bun-

destagswahl 1949 kamen die rechtsextremen Parteien gemeinsam auf 5,7 Prozent –, doch der wirtschaftliche Aufschwung der jungen Bundesrepublik verhinderte den Aufstieg rechter Kräfte. Bis in die frühen 1960er Jahre sank die Zahl der organisierten Rechtsextremen stark.

Eine neue Welle der rechten Gewalt erlebte Deutschland zwischen 1991 und 1994. Besonders unter ostdeutschen Jugendlichen entwickelten sich, angetrieben von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, rechte Strukturen. Bundeskanzler Helmut Kohl wollte die Wiedervereinigung locker aus der „Portokasse“ zahlen und die ostdeutsche Wirtschaft abwickeln. Statt seiner fehlgeleiteten Subventionspolitik wäre eine gezielte Zukunftsinvestitionspolitik angebracht gewesen.

Nicht zuletzt dadurch, dass die rechten Pogrome der 90er Jahre für viele TäterInnen ohne Konsequenzen blieben – die Antonio Amadeu Stiftung zählt seit 1990 mindestens 184 Todesopfer durch rechte Gewalt –, erleben wir heute einen neuen Anstieg sowohl rechter Gewalt als auch rechter parteipolitischer Strukturen.

Eine wichtige Lehre aus der Geschichte ist: Investitionen sind eine wirksame „erste Hilfe“ gegen faschistoide Bewegungen. Seit Jahren steigt das Gefühl der Verunsicherung in Deutschland – während alle Kriminalitätsstatistiken belegen, dass das Land immer sicherer wird. Auch wenn sich Linke mit dem Begriff Sicherheit als politisches Ziel oft schwer tun: Gefühlte Unsicherheit ist Unfreiheit. Statt also der Verunsicherung nur mit einem lapidaren Verweis auf die Statistiken zu begegnen, muss die Sozialdemokratie um die Deutungshoheit über den Sicherheitsbegriff kämpfen. Wenn heute die Mittelschicht mehr von Abstiegsängsten als von Aufstiegshoffnungen angetrieben wird, kann das der Sozialdemokratie nicht egal sein. Gegen die „Law and Order“-Rhetorik der Konservativen muss die Sozialdemokratie ihre Vorstellung von Sicherheit entgegenhalten: Gute Arbeit auf einem regulierten Arbeitsmarkt; Zukunftsinvestitionen, die neue Aufwärtsdynamiken schaffen; ein vorsorgender, starker Staat; und eine demokratische Gesellschaft, die den rechten Feinden der offenen Gesellschaft die Stirn bietet.

Deshalb muss der Staat reagieren:

- Die deutsche Infrastruktur erleidet einen Investitionstau. Wer jungen Menschen in diesem Land eine Zukunft geben will, schafft das nicht mit Sparkursen. Deshalb brauchen wir Investitionen in die Infrastruktur.
- Die Binnennachfrage in Deutschland ist sehr gering. Bisher sind Löhne und Gehälter zu niedrig. Die soziale Ungerechtigkeit wächst in ganz Europa. Deshalb müssen wir nicht nur die deutsche Binnennachfrage stärken, sondern über einen Regionalentwicklungsplan Südosteuropa mit Investitionen unterstützen.
- Die Einwanderung geflüchteter Menschen eröffnet Chancen, dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen. Das geht aber nur, wenn jetzt das Geld für die Integration in die Hand genommen wird. Deshalb brauchen wir Investitionen in Sprachkurse, Ausbildung und vor allem strukturschwache Regionen mit hohen Leerständen.

Trotzdem ist klar: Soziale Investitionen lösen das Problem des ‚völkischen Nationalismus‘ nicht. Es gibt in Deutschland eine lange Tradition der „Blut und Boden“-Ideologie, die sich nicht aus wirtschaftlichen Entwicklungen ergeben hat. Aber die Geschichte zeigt, dass soziale Investitionen – in unterschiedlichen wirtschaft-

lichen Situationen – neue Dynamiken und Aufbrüche ermöglichen, die aus dem finsternen Tal faschistoider Trends herausführen. Um das Problem des Faschismus allgemein nicht unter den Tisch zu kehren, braucht es effektive Begleitmaßnahmen:

Stigmatisierung: Die Zeitungskommentare dieser Tage sprechen oft davon, „die Politik“ müsse die Ängste der WählerInnen einfach mehr ernst nehmen. Gefordert wird deshalb eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den rechten Kräften. Die Opferrolle würde die Rechten stärken.

Es mag sicherlich sein, dass sich die AfD gerade in ihrer Opferrolle suht und damit kurzfristig Menschen an sich bindet. Aber langfristig ist es wesentlich gefährlicher, rechte Meinungen als akzeptierte Position innerhalb eines demokratischen Diskurses zuzulassen. Dass die AfD in fast jeder Talkshow sitzt, führt doch nicht dazu, dass irgendjemand sie demaskiert. Stattdessen werden die Begriffe der Rechten zunehmend in den Alltagssprachgebrauch aufgenommen. Wer von „Wirtschaftsflüchtlingen“, „Asyltourismus“, „Einwanderung in die Sozialsysteme“ oder „berechtigten Überfremdungsängsten“ spricht, nimmt damit keine Sorgen ernst, sondern macht rechte Argumentationen und Ausdrücke salonfähig.

Bildungsarbeit: Am Beispiel Sachsen der 1990er Jahre ist zu sehen, wie Bildungspolitik nicht aussehen darf: Gemeinschaftskunde wurde oft von älteren, umgeschulten LehrerInnen unterrichtet. ParteipolitikerInnen wurden systematisch aus Schulen rausgehalten. So ist ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie entstanden, das Politik als Dienstleistung versteht, bei der man die richtigen Lösungen bestellen kann. Die Vermittlung von Politik in der Schule ist für die Demokratisierung der Gesellschaft elementar. Wichtige Instrumente sind:

- Guter gesellschaftskundlicher Unterricht: Geistes- und Sozialwissenschaften rücken oft gegen die Naturwissenschaften in den Hintergrund. Schule dient nicht nur der Vorbereitung zur wirtschaftlichen Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt.
- Partizipation in den Schulen: Demokratie erlernt sich am besten durchs Erleben. SchülerInnen müssen an den Entscheidungen der Schulen beteiligt werden.
- Wahlen ab 16: Wer sich schon im Schulalter mit demokratischen Wahlen auseinandersetzt, bleibt eher an der Auseinandersetzung mit Politik hängen.
- Geld für lokale Projekte: Politische Bildungsarbeit funktioniert am besten dezentral. In der ganzen Bundesrepublik gibt es lokale Projekte zur Demokratieförderung. Die gilt es zu unterstützen und gerade in diesen Tagen vor rechten Angriffen zu schützen.

Alles in allem ist das Problem des aufkeimenden Faschismus komplex und nicht in einem einzigen Artikel zu erklären. Die wichtige Erkenntnis bleibt aber: Eine demokratische Gesellschaft ist nur in einem handlungsfähigen und starken Staat möglich. Mit schwarzen Nullen lässt sich keine Gesellschaft gestalten. Wir brauchen Zukunftsinvestitionen. Denn auch die Demokratie gibt's nicht für lau!



Micha Heitkamp (25) studiert Evangelische Theologie und ist Vorsitzender der Juso-Region Ostwestfalen-Lippe



Felix Eggersglück, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent.

CHRONIK RECHTER GEWA



ALT IN NRW: 2015

Januar

Bochum Rassistische Schmierereien an Asylunterkunft. Der Bochumer Staatsschutz nimmt Ermittlungen auf.

Februar

Dortmund Vermummte Nazis veranstalten Fackelzug vor Flüchtlingsunterkunft, zünden Pyrotechnik und grölen Hassparolen. 13 vorläufige Festnahmen.

Detmold RassistInnen stellen Holzkreuze mit den Aufschriften „Asylflut stoppen, sicher leben!“ und „Masseneinwanderung – nein danke!“ auf.

Coesfeld Das Versorgungszelt einer vorübergehenden Flüchtlingsunterkunft wird in der Nacht zum 24. Februar angezündet.

Dortmund Unbekannte versuchen in einer ehemaligen Förderschule, die in eine Unterkunft für Asylsuchende umgebaut werden soll, Feuer zu legen. Der Versuch scheitert.

Eisbergen, Porta Westfalica Brandanschlag auf Asylunterkunft in der 37 Personen wohnen. Nur weil der Molotowcocktail an der Fassade zerschellt, gibt es keine Verletzten. Zwei Täter können per DNA-Treffer überführt werden und gestehen die Tat. Sie wollten „ein Zeichen setzen“.

Lünen Schüsse in der Nähe einer Unterkunft. Die Polizei findet Patronenhülsen. Im November stellt die Polizei zwei Tatverdächtige und findet Schreckschusspistolen.

Dezember

Borken Unbekannte schmeißen Steine in die Fenster einer Unterkunft, in der sich vor allem Kinder befinden.

2016

Januar

Köln-Mülheim Am 2. Januar werfen zwei Männer eine bewohnte Asylunterkunft mit Böllern und Bengalos.

Februar

Oberhausen Unbekannte zünden drei aufgestapelte Paletten der Baustelle der noch in Bau befindlichen Flüchtlingsunterkunft an. Das Feuer wird rechtzeitig entdeckt.

Bocholt Unbekannte schießen gegen 22 Uhr fünfmal aus einem fahrenden Auto mit einer Schreckschusswaffe auf zwei Syrer (16, 18).

Kirchhundem Auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in einem Fachwerkhaus in Kirchhundem wurde bereits der vierte Anschlag verübt.

FILMKRITIK

BUCHKRITIK

The Greatest Silence: Rape in the Congo



Wenn wir sehen, hören oder lesen, was sich in den Gebieten unter Kontrolle der Daesh (korrekte Bezeichnung für den sogenannten „Islamischen Staat“) abspielt, dann fragen wir uns oft, wie Menschen einander so etwas antun können. Wenn es dabei um Vergewaltigungen, Sexsklavinnen und Menschenhandel geht, scheint es oft, als ob diese Gewalt gegen Frauen eine neue Dimension hätte. Doch dem ist sehr bedauerlicherweise nicht so. Überdies ist es auch nicht so, dass sexuelle Gewalt – als Kriegswaffe oder zur ‚Aufrechterhaltung der Moral‘ – eine mittelalterliche Methode wäre, die in der Neuzeit nur durch faschistoide oder parochiale Systeme angewendet würde. Nicht nur die japanischen Besatzer und die Nazis, nicht nur Daesh, sondern auch im ‚demokratischsten‘ aller Kriege, dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, hatte sexuelle Gewalt Methode.

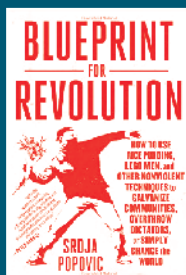
Eine Dokumentation, die das Thema auf brutalste Art und Weise aufnimmt, ist ‚The Greatest Silence‘ von Lisa F. Jackson. Bereits 2007 veröffentlicht, hat das Zeitzeugnis nichts an Aktualität eingebüßt. Jackson reiste 2006 durch die Demokratische Republik Kongo, um dort Zeugin einer Gesellschaft zu werden, die immer noch fest in der Hand des Bürgerkrieges war. Die Schilderungen der methodischen Vergewaltigungen, der gezielten ‚Entehrungen‘ und der grausamen Logik dahinter sind das eine, die Langeweile der Soldaten und Rebellen, die Schizophrenie, wenn es um die eigene Familie geht, die Machtlosigkeit der Blauhelme das andere.

Die Dokumentation ist sicher keine „leichte Kost“, kein Eventkino, kein Film für einen ruhigen Abend, sondern wühlt auf, informiert und klagt an – diejenigen, die tun, aber auch diejenigen die eben nichts tun. Überaus wichtig und sehenswert!



Ingo (31) ist Mitglied im Landesvorstand und engagiert sich dort im Wirtschaftsprojekt und den Leitlinien Internationales und Bündnisarbeit. Seine Freundin schüttelt regelmäßig den Kopf darüber, dass er keine Unterhaltungsliteratur liest. Dabei muss es nicht gleich Dostojewski sein, er freut sich auch über die Norr und im Zug auch über die Neon. Im Fernsehen gehören die Simpsons zum Grundprogramm, aber Dokus, die nicht auf Discovery laufen, sind trotzdem interessanter.

Blueprint for Revolution



Srđja Popović war Aktivist der Otpor!-Bewegung, die den serbischen Diktator Milošević stürzte. Heute berät seine NGO Revolutionäre in aller Welt – ob in Georgien, der Ukraine, im Iran, Syrien, Ägypten oder Tunesien. In seinem neuen Buch berichtet er anekdotisch davon. Dem englischen Originaltitel „Blueprint for Revolution“ macht er dabei alle Ehre:

0. Gewaltfreiheit: Führt Krieg mit anderen Mitteln! Popović bemüht sozialwissenschaftliche Forschung, nach der gewaltfreier Widerstand doppelt so häufig zum Erfolg führe.

1. Enthusiasmus und Kreativität: Absolute Voraussetzung! Sonst sei jede Revolutionsberatung zwecklos.

2. Ausgiebige Planung: Für Popović der Schlüssel für alles Weitere.

3. Visionen des Besseren: Entscheidend sei, dass sich das Ziel nicht im Umsturz der Diktatur erschöpfe, sondern auf die Etablierung der Demokratie hinauslaufe.

4. „Think big, start small“: Wer erfolgreich sein will, müsse seinen Plan in erfüllbare Schritte zerlegen. Auf der langen Strecke brauche es Erfolgserlebnisse.

5. Eine Mehrheit auf die eigene Seite der Barrikade ziehen: Dafür müsse Widerstand cool und attraktiv sein.

6. Lose-Lose-Situationen für die Diktatur: Ziel von Protestaktionen müsse es sein, dass das Regime in jedem Fall einen hohen Preis zahlen muss. Ganz klassisch: Wer eine friedliche Demo niederprügelt, empört noch mehr Menschen. Wer sie als Autokrat gewähren lässt, zeigt Schwäche.

7. Lachtivismus („laughtivism“): Diktaturen ließen sich durch Humor einfach entzaubern. Etwa, wenn PolizistInnen Soundboxen aus zentralen Mülleimern suchen müssten, weil diese Protestsongs spielten.

8. Einigkeit macht stark: Ein organisiertes Zweckbündnis müsse die Zielrichtung des Protests einhalten. Wer spinnt und stört, gehöre isoliert oder ausgeschlossen.

9. Timing: Immer gelte es, die Gunst der Stunde zu nutzen, um Menschen einzubinden.

Aber was fehlt bei alledem? Eine ehrliche Bilanz der gescheiterten gewaltfreien Revolutionen! Popovićs blinder Fleck ist, dass er leidenschaftlich für gewaltfreien Widerstand brennt. Gerade deshalb ein großartiges Buch.



Felix Eggersgluß, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Als Mitglied des Schwerpunkt-Teams „Wirtschaft von Morgen“ interessiert sich Felix besonders für Arbeitsmarkt- und Klimapolitik.

CHANNELKRITIK

FILMKRITIK

Die Filmanalyse



Hintergrund: Ein prall gefülltes Bücherregal, das geübte Auge erkennt die Marx-Engels-Werke und Kindlers Literaturlexikon. Vordergrund: Ein kleiner, runder Beistelltisch, darauf eine Leselampe, gelegentlich auch ein Glas Whiskey, Aschenbecher oder das ein oder andere Buch, versehen mit Lesezeichen an den zu zitierenden Stellen. Neben dem Tisch steht ein Lesesessel, von dem aus der Kritiker – stets adrett (andere würden sagen: spießig) gekleidet – freundlich in die Kamera lächelt. „Herzlichen Willkommen zu die Filmanalyse“, so beginnt Wolfgang M. Schmitt jun., Anfang 30, seine 5 – 15 minütigen Videos, in denen er Kinofilme rezensiert. Ideologiekritisch, detailverliebt und mit chirurgischer Präzision analysiert und sezziert er Filme wie Die Minions, Star Wars oder Victoria, verreibt Fight Club, schwärmt von Django Unchained, bezieht sich dabei immer wieder auf philosophische und soziologische Werke und präsentiert damit seine Meinung, der man nicht immer folgen muss, die aber nie stumpf wirkt. In vielen Extras („Keine Angst vor Spoilern!“, „Warum ich keine Fernsehserien mag“, „Dschungelcamp – eine Kulturanalyse“...) zeigt er immer wieder unerwartete, aber hörenswerte Ansichten zu verschiedenen Aspekten des Kinos, des Films und der Kulturindustrie. Mit gespielter Arroganz und verschmitztem Lächeln zitiert er am Ende jedes Videos den sowjetischen Filmemacher Tarkowski, der gesagt hat „Denn wir schauen nur, aber wir sehen nicht“ und nicht selten fühlt man sich nach der Analyse vom Schauenden zum Sehenden verwandelt und verspürt den großen Drang den rezensierten Film (wieder) anzusehen.



Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und arbeitet im Schwerpunkt Gesellschaft mit. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

Drei-Farben-Trilogie



Bei Netflix habe ich die, wie sich herausstellte, großartige Drei-Farben-Trilogie (Blau, Weiß, Rot, wie die französische Tricolore) des polnischen Regisseurs Krzysztof Kieślowski aus den Jahren 1993 und 1994 entdeckt. Es waren die letzten Filme des Regisseurs, der leider kurz nach dem Dreh mit 54 Jahren starb.

Der erste Film („Drei Farben: Blau“) dreht sich um das Motiv der Freiheit (liberté) und spielt in Frankreich. Die Hauptfigur Julie (Juliette Binoche) verliert durch einen Autounfall ihr Kind und ihren Mann, einen bekannten Komponisten. Sie erlebt danach eine dumpfe, gefühllose Zeit.

Der zweite Teil („Drei Farben: Weiß“) handelt vom Motiv der Gleichheit (égalité). Der Film beginnt damit, dass sich Dominique (Julie Delpie) von Karol Karol, einem polnischen Friseur, scheiden lässt. Mittellos lernt Karol Mikołaj kennen und schafft es mit ihm zurück nach Polen. Gemeinsam bauen sie ein Imperium auf und Karol entwickelt einen Plan um sich an Dominique für die Scheidung zu rächen.

Das Motiv der Brüderlichkeit (fraternité) spiegelt sich im dritten Film („Drei Farben: Rot“) in der Geschichte von Valentine wieder, die in der Schweiz als Modell arbeitet. Als sie einen Hund anfährt, lernt sie dessen Besitzer, den verbitterten ehemaligen Richter Joseph kennen. Sie entdeckt, dass sein Kontakt zu anderen Menschen bis zu ihrer Begegnung im Abhören von Telefonaten besteht.

Die ruhig erzählten Filme wurden nahezu gleichzeitig gedreht und es gibt innere Überschneidungen. Hinzu kommt eine tolle Filmmusik. Wunderbar für eine lange melancholische Netflix-Nacht!



Janina Kleist hat Sozi und Europäistik studiert und arbeitet als Koordinatorin für Europäische Förderprojekte. Sie ist aktiv bei den Jusos Dortmund und Vorsitzende im SPD Vorstand der Dortmunder Nordstadt.

JUSOS WESEL

Stellt Euch vor, Eure Kommune hat finanzielle Schwierigkeiten.

Was, schon mal gehört? Na klar – wer nicht? Aber jetzt stellt Euch vor, Eure Kommune wird von Leuten „regiert“, die vollkommen in neoliberaler Ideologie befangen sind, mit Grünen, die jeglichen politischen Kompass verloren haben, mit einer FDP, die den vorsorgenden Staat am liebsten gleich zu den alten Eisen werfen würde und einer CDU, die der FDP da in nichts nachsteht. Nennen wir diese Truppe mal „Jamaika-Bündnis“.

Was macht also das Jamaika-Bündnis, wenn im Haushalt 12 Millionen Euro fehlen? Die Kreisumlage drastisch erhöhen, um das für den Kreis benötigte Geld von den Kommunen zu holen? Moderate Einsparmaßnahmen einführen und gleichzeitig die Kreisumlage leicht ansteigen lassen? Quatsch, natürlich nicht! Ihr kennt die Lösung schon: das Bündnis schlägt vor, alle freiwilligen Leistungen des Kreises zu streichen. Theater, Schwangerschaftskonfliktberatung, Frauenhilfe, kulturelle und soziale Zuschüsse – alle, wirklich alle. Der totale Shutdown. Klingt nach Horror? Ist es auch. Und leider Realität im Kreis Wesel.

Klar ist: Soziales und Kultur lassen sich nur bedingt profitabel organisieren. Private, profitorientierte Unternehmen können daher nicht die Aufgabe übernehmen, die kulturelle und soziale Infrastruktur sicherzustellen. Wollen wir als Gesellschaft auch weiterhin soziale und kulturelle Grundstrukturen als einen Teil unseres Zusammenlebens, wird nur eine staatliche Aufrechterhaltung dieser gesellschaftlichen Bereiche das gewährleisten können.



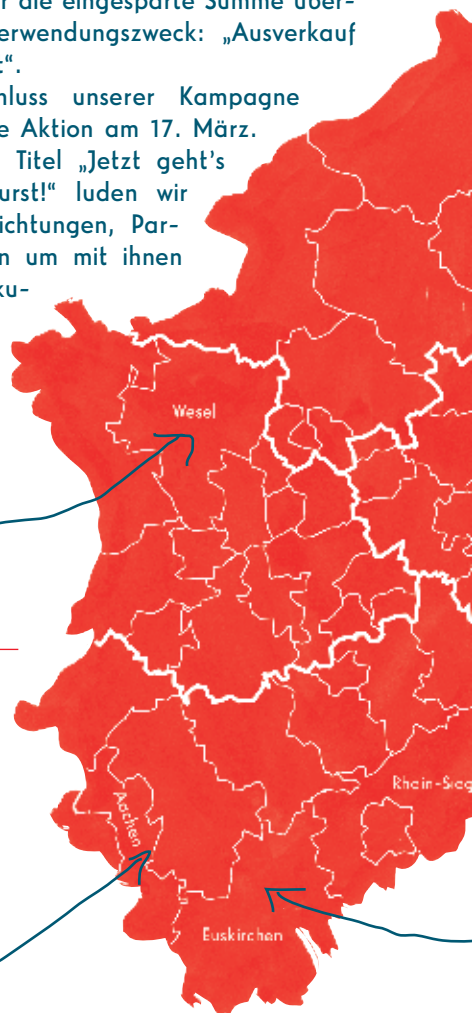
In den Hintergrund tritt dabei, dass selbst, wenn alle freiwilligen Leistungen des Kreises gestrichen würden, die eingesparten Gelder noch nicht ausreichen würden, um das Haushaltsloch zu stopfen und die Kreisumlage trotzdem erhöht werden müsste – bla, bla bla...

Ihr wisst, warum das alles `ne dumme Idee ist. Dass man investieren statt sparen muss, wissen wir spätestens seit der Kampagne der NRW Jusos. Also haben wir gar nicht erst lange diskutiert, sondern eine Kampagne gestartet, um Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbände und kulturelle Einrichtungen im Kreis Wesel gegen die Sparbeschlüsse des Jamaika-Bündnisses in Stellung zu bringen. Den Titel unserer Kampagne haben wir natürlich an die schon bestehende Kampagne der NRW Jusos angelehnt: „Zukunft gibt's nicht für lau! – Gegen den Shutdown im Kreis Wesel“. Wir haben bereits mehrere Infostände durchgeführt (s. Photo), Postkarten (s. Abbildung) verteilt, Unterschriftenlisten rumgereicht und eine Onlinepetition gestartet (s. unsere Homepage) und einen symbolischen Scheck über die eingesparte Summe überreicht – Verwendungszweck: „Ausverkauf der Zukunft“.

Den Abschluss unserer Kampagne bildete eine Aktion am 17. März. Unter dem Titel „Jetzt geht's um die Wurst!“ luden wir

Sozialverbände, kulturelle Einrichtungen, Parteien, Gewerkschaften usw. ein um mit ihnen über die Sparbeschlüsse zu diskutieren, in der Hoffnung, diese noch im letzten Moment abwenden zu können. Denn:

#ZukunftGibtsNichtFuerLau



JUSOS AACHEN

Neumitglied Antonia stellt sich vor



Liebe NRW Jusos, mein Name ist Antonia Schmoldt. Ich bin 19 Jahre alt und wohne in der Städtereion Aachen. Da ich erst seit sehr kurzer Zeit Mitglied bin, wurde ich gefragt, ob ich euch meinen Weg zu den Jusos vorstellen mag und das tue ich hiermit gerne. Zu Beginn muss ich sagen, dass ich schon länger vor hatte in eine Partei einzutreten. Ich wusste nur nicht in welche, weshalb ich folgendes tat: Zuerst hatte ich mir die Parteikonzepte auf den jeweiligen Internetseiten durchgelesen, mitunter das von den Jusos. Das große Spektrum an Angeboten, wie Seminare etc. von den Jusos hatte bei mir Aufmerksamkeit erweckt. Ich hatte mich demzufolge für das nächst kommende Grundlagenseminar Bildung in Aachen angemeldet, ohne ein Juso-Mitglied zu sein. Mir hat das Seminar sehr gefallen, weil ich erstens feststellte, dass die Jusos

auch wirklich meine politische Meinung vertraten, zweitens vor Ort ein sehr angenehmes Klima herrschte und ich drittens viele neue Dinge dazulernte. Ein paar Tage nach dem Seminar wurde ich ebenfalls ein Juso-Mitglied. Abschließend kann ich allen unschlüssigen Nicht-Juso-Mitgliedern empfehlen zu einem Treffen oder Seminar etc. hinzugehen und es sich anzuschauen. Mir persönlich hat es sehr geholfen.

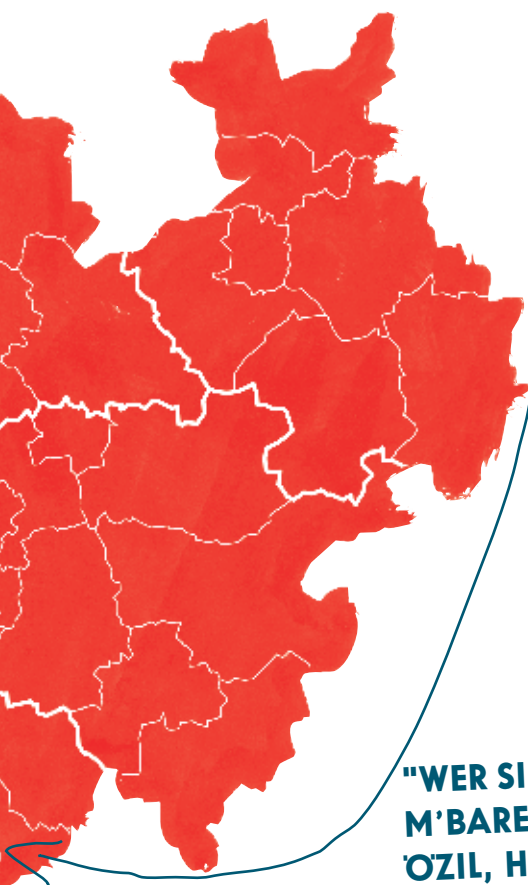


JUSOS RHEIN-SIEG

Podiumsdiskussion: Schwul-lesbische
Jugendarbeit auch im ländlichen
Raum!

„Da bin ich schnell durch“, war die Antwort von Martin Dohmstreich, Leiter der Gesundheitsagentur Rhein-Sieg, auf die Frage, welche Angebote es im Rhein-Sieg-Kreis für „queere“ Jugendliche gibt: Keine. Aus diesem Grund hatten die Jusos Rhein-Sieg zu einer Podiumsdiskussion mit Expert*innen eingeladen, die aus der Praxis der LSBTTI-Jugendarbeit berichten konnten. Das schwul-lesbische Jugendzentrum GAP und seine Angebote für junge Leute wurden von der pädagogischen Leiterin Mirjam Setzer vorgestellt, die auf das große Einzugsgebiet und die weiten Wege hinwies, die die Jugendlichen auf sich nehmen müssen.

ten. Spezielle Angebote für homo- und transsexuelle Jugendliche böten einen geschützteren Raum als die Angebote der Regeljugendarbeit, betonte auch Wibke Korten von der NRW-Fachberatung „gerne anders!“. Ziel sei es vor allem, die Jugendlichen in ihrer Selbstfindung zu unterstützen. Der Beratungsbedarf der Jugendlichen sei dabei so unterschiedlich wie die Jugendlichen selbst und auch die Unterstützung von Eltern sei eine wichtige Aufgabe, denn auch Eltern müssten sich immer wieder „outen“. Nils Grote von den Schwusos Köln warnte davor, Projekte ausschließlich durch ehrenamtliche Kräfte initiieren zu wollen, weil nachhaltige Angebote hauptamtliche Kräfte benötigten, die Fachkompetenz und Kontinuität gewährleisten könnten. „Es kann nicht unser Ziel sein, die jungen Leute nur in die Großstädte weiterzuleiten“, fasste der Juso-Kreisvorsitzende Mario Dahm die Diskussion zusammen. Nun wollen die Jusos aktiv werden, um ein neues Angebot im Rhein-Sieg-Kreis zu etablieren.



"WIR SIND NICHT MEHR HERR IN UNSEREM EIGENEN LAND MIT ALL DEN AUSLÄNDERN HIER!" -

"WER SIND DENN WIR? ELYAS M'BAREK, PALINA ROJINSKI, MESUT 'OZIL, HELENE FISCHER..."

JUSOS EUSKIRCHEN

Mit Bierdeckeln gegen rechte Parolen

...Das ist nur einer der Sprüche, welcher auf dem ersten der vier Bierdeckel steht, welche die Jusos im Kreis Euskirchen in Bars, Kneipen und Discotheken verteilt haben. Gemeinsam haben sie diese mit den Jusos aus der Regio Aachen entworfen, um diskriminierenden Vorurteilen mit Argumenten zu begegnen. „Der Rechtsextremismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Viele der weit verbreiteten stammtischmäßigen Parolen, die überhaupt nicht hinterfragt werden, schüren die Ängste der Menschen und vergiften das gesellschaftliche Klima“, so Fabian Nowald, Vorsitzender der Jusos Kreis Euskirchen. Nowald weiter: „Nach den Vorfällen in Bautzen, Clausnitz und Löbau ist es dringender denn je, gegen diese Stimmung vorzugehen.“ Bei den Menschen im Kreis Euskirchen wurden die Bierdeckel jedenfalls äußerst positiv aufgenommen.



GREAT BRITAIN, #SAYYES2EUROPE!

Der 23. Juni 2016 könnte der größte Tag für einen der meist-verhassten Männer des Kontinents werden: *Should the United Kingdom remain a member of the European Union or leave the European Union?*

Seit vielen Jahren setzt sich die UK Independence Party für den Austritt Großbritanniens aus der EU ein und dieser Tage scheint es, als ob sie dem Ziel näher den je wären. Die Gemengelage ist kompliziert.

Selbst Labour ist gespalten. Aber dennoch bleibt mehr als Hoffnung. Zum ersten weil die pro-EU-Kampagne langsam an Fahrt aufnimmt. Zum zweiten weil das Referendum zur Ausschaffungsinitiative in der Schweiz zeigt, dass Wahlberechtigte empfänglich für strukturierte und sogenannte harte Argumente sind. Der 23. Juni 2016 wird hoffentlich tatsächlich der größte Tag im Leben des Nigel Farage – vor dem Ende der Auszählung. Als Tag an dem er seinem Ziel so nahe gekommen ist wie nie – und an der Vernunft seiner Landsleute gescheitert ist.

Was zuvor geschah...

Die Frage nach der Zugehörigkeit Großbritanniens zur europäischen Staatengemeinschaft ist älter als deren Bestehen. Als Herrscher über ein weltweites Empire hatte der Inselstaat schon immer andere Interessen als viele auf dem Festland. Churchill, bekennender Unterstützer eines vereinten Europas, sah UK ebenso wie die USA und nach Möglichkeit auch Russland lediglich als „Freunde und Förderer des neuen Europa“ nach dem 2. Weltkrieg und nicht als Mitgliedsstaat. Großbritannien als Teil des Commonwealth sollte lediglich als Vorbild und Unterstützer einer weiteren Völkergemeinschaft innerhalb der Vereinten Nationen dienen. Als es dann an den Beitritt des Landes ging, waren die Fronten ähnlich verhärtet wie heute. Die damalige konservative Regie-

rung entschied sich für den EU-Beitritt, die folgende Labourregierung führte ein Referendum über den Verbleib durch – und kämpfte auf beiden Seiten ähnlich der heutigen Regierung Cameron.

Zugegebenermaßen gibt es viele Eltern des Referendums, aber UKIP und deren Wahlerfolge spiel(t)en eine nicht zu unterschätzende Rolle. Spätestens seit den Unterhauswahlen 2010, bei denen Cameron in eine Koalition mit den erfolgreichen LibDems gezwungen wurde, nutze UKIP Erfolge bei regionalen Wahlen, um Druck auf die Regierung auszuüben. Von UKIP und Antieuropäer*innen in den eigenen



Reihen getrieben, verschärfte der Premier den Ton immer weiter. Deutliche Widerworte kamen eigentlich nur von Seiten des Koalitionspartners. Selbst bei den Europawahlen sprach sich Labour erst kurz vor Schluss offen für Europa aus. Um einem weiteren Erfolg von UKIP vorzubeugen, entschied sich Cameron mit dem Versprechen eines Referendums in den Wahlkampf 2015 zu ziehen – auf eine Koalition hoffend, die ein Referendum unmöglich machen würde. Es kam leider anders.

Nachverhandlungen und Referendum

Vom eigenen Erfolg getrieben, begann Cameron mit den Nachverhandlungen

und es zeigte sich bald, dass einige Partner*innen (inklusive Kanzlerin Merkel) willens waren, ihm dabei entgegenzukommen. Im Februar 2016 trafen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs dann zum Marathongipfel. Cameron brauchte ein Ergebnis, das ihm erlaubte für den Verbleib zu kämpfen, dabei aber gleichzeitig sein Gesicht zu wahren. Die anderen Länder brauchten ein Ergebnis, das nicht zu sehr nach britischen Sonderrechten aussah und ihre Einwohner keinesfalls benachteiligte. Was nach über 30 Stunden verkündet wurde, erfüllt beides – oder auch nicht, abhängig von der Person, die man fragt.

Den Brit*innen wurde zugesichert, dass sie weitere Schritte auf dem Weg der politischen Integration in der EU nicht mitgehen müssen. Dies soll bei einer zukünftigen Änderung in den EU-Verträgen verankert werden. Auch sollen nationale Parlamente in Zukunft ein stärkeres Mitspracherecht bei der Entstehung neuer EU-Gesetze haben und diese unter bestimmten Bedingungen schon in der Entstehungsphase kassieren können.

Ein weiteres Streitthema waren die Sozialleistungen. Neu nach Großbritannien kommenden EU-Ausländern müssen nach den Verhandlungen nun für eine Zeit von vier Jahren keine Sozialleistungen gezahlt werden. Diese Regelung gilt für einen Zeitraum von sieben Jahren. Das Kindergeld für EU-Ausländer soll sich an der Höhe der Zahlung in dem Land orientieren, in dem die Kinder leben.

Die Sonderregelungen für Großbritannien sollen den weiteren Integrationsprozess der EU jedoch nicht behindern. Die Länder ohne Euro sollen eine weitere Vertiefung der Währungsunion nicht bremsen. Auch die Bankenaufsicht in der Euro-Zone soll

von den Sonderregelungen für Großbritannien nicht eingeschränkt werden.

Ob das genügt, um die Brit*innen auf einen Pro-EU-Kurs zu bringen, wird sich zeigen. Die Parteienlandschaft ist tief gespalten. UKIP unterstützt den Austritt natürlich. Camerons eigene Partei hatte sich entgegen seiner Ankündigung eine offizielle Parteilinie verbeten, Labour ist offiziell gegen den Austritt (#inforbritain), muss aber mit einer nicht verschwindenden Minderheit leben, die offen für den Austritt Stimmung macht. Grüne, SNP, LibDems (#INTogether) sind geschlossen für den Verbleib. Die großen Zeitungen werden sich nicht plötzlich hinter Camerons Linie stellen und es hängt viel von den einfachen Campaigner*innen ab – wie das Beispiel Schweiz zeigt.

Die Bedeutung für Europa und uns Jusos

Die Zugeständnisse, die nun auf dem EU-Gipfel am 18./19. Februar durch David Cameron ausgehandelt wurden, stehen vor dem Hintergrund einer langen Geschichte, in der es für Großbritannien immer auch andere Bündnisse gegeben hat. So kann auch Camerons Position verstanden werden, die EU sei ein Werkzeug, mit dem Großbritannien seine Macht in der Welt fördern und seine Interessen voranbringen könne.

Andere Länder, gerade Deutschland und Frankreich, haben mehr Herzblut in den europäischen Gedanken gesteckt. Die Zugeständnisse an Cameron vor dem Referendum mögen unumgänglich gewesen sein. Aber sie sollten nicht dazu führen,

dass die Staaten des europäischen Festlandes diesem für sie nicht maßgeblichen Beispiel folgen. Solidarität innerhalb Europas ist mehr denn je von Nöten, sei es bei der gerechten Verteilung von Geflüchteten, sei es bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in den südlichen Ländern Europas.

Die Gründerväter der Europäischen Union kamen aus dem konservativen, christdemokratischen Lager. Dies zeigte sich auch im Ringen um den Beitritt Großbritanniens zur EU. In den 70er Jahren waren die Tories für den Beitritt des Landes zur EU, Labour war dagegen. Inzwischen hat sich diese Tendenz umgekehrt. Gesetze zu Mutterschutz, Elternzeit und Urlaubstagen in Großbritannien basieren auf EU-Vorgaben.

Diesen Aspekt einer sozialeren Europäischen Union gilt es zu stärken.

Sonderkonditionen Großbritanniens sollten nicht dazu führen, Ausnahmen z.B. bei der Zahlung von Kindergeld an EU-Ausländer auf alle Mitgliedsstaaten zu übertragen. Es gilt, die Solidarität innerhalb Europas zu stärken und dabei einen Sonderweg Großbritanniens auszuhalten, der mit den Eigenheiten dieses Landes zu tun hat, das sich nie voll mit Europa identifizieren konnte und insbesondere mit seiner Führungsrolle im Commonwealth immer auch Interessen und Verpflichtungen jenseits von Europa hatte.

Was bedeutet dies nun für das anstehende Referendum? Zunächst gilt es, aktiv für

den Verbleib Großbritanniens in der EU zu werben und die proeuropäischen Kräfte in Großbritannien zu unterstützen. Die zaudernde Haltung von Labour zeigt, dass die europäischen Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen gefragt sind, hier tätig zu werden. Für die Zeit nach dem Referendum, in dem sich die Brit*innen hoffentlich mit großer Mehrheit für Europa entscheiden werden, gilt es, den europäischen Gedanken stärker in den Mittelpunkt zu rücken, um Zentrifugalkräfte in Zukunft einzudämmen. Hierzu gehört auch, stärker mit YES und Schwesterorganisationen zusammenzuarbeiten, wie wir ja auch auf der Landeskonferenz 2015 beschlossen haben.

Also nutzt eure Kanäle, schreibt euren Freund*innen, helft beim campaigning. #inforbritain #INTogether #sayyes2europe



Ingo (31) ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort unter anderem die Leitlinie Internationales. Wenn ihm Nigel Farage auf dem Weg zur Arbeit oder im Pub begegnet, zweifelt er manchmal an der Vernunft der britischen Wähler*innen. Er ist dennoch zuversichtlich, dass Großbritannien in der EU bleibt. Zumindest wenn wir uns alle ein wenig anstrengen... #inforbritain



Mareike Heidenreich, 29, wohnt in Rahden, einer ländlichen CDU-Hochburg in OWL, und hält dort mit anderen engagierten Jusos die rote Fahne hoch. Sie arbeitet als Vikarin in der evangelischen Kirchengemeinde und findet, dass das kein Widerspruch zur Juso-Arbeit ist. Im Landesvorstand arbeitet sie im Schwerpunkt Gesellschaft mit.



IT'S THE INEQUALITY, STUPID!



Ein Gespenst geht um: In Großbritannien und den USA mischen zwei ultralinke (und schon leicht betagte) Männer das politische Gefüge kräftig auf. Die deutsche Sozialdemokratie versteckt sich derweil lieber in der Mitte.



Die Vereinigten Staaten von Amerika verbinden viele Menschen mit dem Kapitalismus. Obwohl es nicht sein Mutterland ist, ist es heute für viele zum Synonym für die schlechten Seiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems geworden. Bislang, so schien es dem Betrachter aus der Ferne, gilt auch in der politischen Mitte Amerikas jeder staatliche Eingriff als Teufelszeug, jedes sozialstaatliche Engagement als unerträgliche Gängelung. „Kommunist“ oder „Sozialist“ schienen in Amerika nur Schimpfwörter zu sein, die man brauchte um den politischen Gegner zu verunglimpfen. Im Frühjahr 2016 hat sich jedoch etwas geändert. Amerika fühlt #the-Bern! Bernie Sanders, 74, Senator aus Vermont, nennt sich ganz freimütig „*Demokratischer Sozialist*“ und bringt das Establishment der Demokratischen Partei ordentlich ins Schwitzen. Wenn er auch augenblicklich (Stand 26. Februar 2016) keine große Chance hat Präsidentschaftskandidat oder gar Präsident zu werden, ist sein Aufstieg zum Clinton-Schreck bemerkenswert. Die Positionen, mit denen er die Massen begeistert, passen nämlich so gar nicht in das Bild des turbokapitalistischen, Sozialismus hassenden Amerikas. Er fordert die Abschaffung von Studiengebühren, die Erhöhung der Renten und eine bessere Kinderbetreuung. Seine zentrale Forderung ist die Umverteilung durch höhere Steuern für Reiche und höhere Sozialausgaben. Seine erste wichtige politische Station hatte Sanders in Burlington als Bürgermeister. Dort zeigte er, wie eine kleine Stadt sich entwickeln kann, wenn sie von einem „*demokratischen Sozialisten*“ regiert wird. Er setzte sich dafür ein, dass Sozialwohnungen, die in Luxuswohnungen umgebaut werden sollten, heute im Besitz der Bewohner sind. Der größte Supermarkt von Burlington wird heute von den Kunden geführt. Der Energieversorger ist heute in öffentlicher Hand und versorgt die Stadt vollständig mit erneuerbarer Energie. Die Bürger von Burlington dankten es ihm mit wachsenden Erfolgen bei den Wahlen. Das interessante an seiner Kandidatur ist, dass der Demokrat trotz seiner stolzen 74 Jahre vor allem von den jungen Menschen unterstützt wird. In ihm sehen viele der sogenannten „Millennials“ und der Generation nach ihnen einen Hoffnungsträger.

Das Ende von „New Labour“

Doch schauen wir auf die andere Seite des Atlantiks. In das tatsächliche Mutterland des Kapitalismus – nach Großbritannien. Die Insel hat man lange nicht mit linker Politik in Verbindung gebracht. Vielmehr denkt man an den rechtskonservativen Regierungschef David Cameron, der dem Land einen brutalen Sparkurs verordnete. Vor Cameron sah es nicht viel besser aus. Tony Blair und Gordon Brown entfesselten unter der Überschrift

„New Labour“ den Finanzmarkt. Mit ihrem treudoofen Glauben an die wundersamen Kräfte eines entfesselten Finanzmarkts dienten sie sogar Gerhard Schröder und seiner Agendapolitik als Vorbild. Doch auch diesseits des großen Teiches, jenseits des Ärmelkanals, macht sich ein Ultralinker gerade daran die politischen Verhältnisse ordentlich durcheinander zu wirbeln. Jeremy Corbyn kritisiert so ziemlich alles was den Briten bis dahin fast heilig schien: Die Monarchie, New Labour, die Austeritätspolitik, die NATO und die Studiengebühren. Als er im letzten Jahr – die Labourpartei suchte nach einer krachenden Wahlniederlage unter Ed Miliband gerade per Urwahl einen neuen Vorsitzenden – erstmals aussichtsreiche Umfragewerte erzielte, zitterte das Parteiestablishment. Tony Blair giftete gegen Corbyn, seine Forderungen stammten aus einer Parallelwelt à la Alice im Wunderland. Der stolzen englischen Arbeiterpartei drohe gar die Auslöschung mit Corbyn an der Spitze, prognostizierte Blair. Ob der ehemalige Premierminister seiner eigenen düsteren Prognose glaubte ist nicht sicher. Vielleicht wollte er auch nur die Demontage seines eigenen Lebenswerkes verhindern, denn als solche muss man die Wahl des Dauer-Blair-Kritikers Corbyn zum Parteivorsitzenden eindeutig werten. Fakt ist, die große Mehrheit der Parteimitglieder schenkte dem Schreckensszenario, welches die Altvorderen zeichneten, keinen Glauben. Corbyn gewann die Wahl bereits im ersten Wahlgang mit sensationellen 59,5 Prozent der Stimmen. Entgegen aller Bedenken erwachte die Partei während der Diskussionen rund um die Wahl Corbyns zu neuem Leben. Zahlreiche Mitglieder, die die Partei aus Frust über die neoliberale Politik verlassen hatten, traten im Zuge der Corbyn-Wahl wieder ein. Auch nach der Wahl sind die Parteimitglieder und Anhänger mit Corbyn hochzufrieden. Der Guardian bestätigt in einer Umfrage unter 12.000 Parteimitgliedern und Labouranhängern: *“He has done an excellent job in his first 100 days leading the Labour party”*.

Die Gesellschaften driften auseinander

Doch was steckt hinter den Phänomenen Corbyn und Sanders? Ihre gleichzeitige Popularität ist kein Zufall. Sie ist Folge einer sich immer weiter zuspitzenden Ungleichheit in der Welt. Wie eine Studie von Oxfam herausgefunden hat, konzentriert sich der weltweite Reichtum in immer weniger Händen. Während das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung immer weiter schrumpft, steigt spiegelbildlich das Vermögen der Superreichen immer stärker. Mit der wachsenden Ungleichheit, die die Menschen mehr und mehr zu spüren bekommen werden Linke Forderungen zunehmend erfolgreicher. Deutschland ist hierbei keine Ausnahme. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat erneut gezeigt, dass auch bei uns die Schere weiter aufgeht. Nach vorab bekannt gewordenen Zahlen haben die oberen zehn Prozent der Haushalte im Jahr 2013 über 51,9 Prozent des Nettovermögens verfügt, während die unteren 50% der deutschen Bevölkerung nur ein Prozent des Reichtums besaßen. Im Jahr 1998 besaßen die oberen 10 Prozent noch 45,1 Prozent. Die unteren 50 Prozent der Haushalte verfügten damals noch über 2,9 Prozent des Reichtums.

Warum profitiert die SPD nicht von der wachsenden Ungleichheit?

Unter der Führung von Menschen wie Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier oder Thomas Oppermann rückt die Partei gerade in eine vollkommen andere Richtung. Die Forderung nach der Einführung einer Vermögenssteuer wurde begraben. In immer mehr Punkten versuchen sie die CDU rechts zu überholen. Bestenfalls platziert sich die SPD als „CDU light“. Momentan macht die Parteiführung auch noch keinerlei Anstalten, den eingeschlagenen Rechts-Mitte-Kurs zu ändern (den Vorschlag für mehr Investitionen, den Sigmar Gabriel Anfang März ins Spiel brachte, werten wir bisher noch nur als fixe Idee, der erst noch Taten folgen müssen). Aber schon bald könnte der Unmut an der Basis und bei den Wählern zum Einlenken zwingen – bzw. profitiert schon jetzt die rechtsradikale AfD von der gefühlten Alternativlosigkeit unter den etablierten Kräften. Und jetzt? Was wäre denn mal mit Urwahlen nach britischem Vorbild um Parteivorsitz und KanzlerInnenkandidatur? Ein Verfahren bei dem dann nicht bloß die „üblichen Verdächtigen“ sondern vom Ortsvereinsvorsitzenden bis hin zur Ministerpräsidentin eine bunte Mischung zur Wahl stünde. Und das Thema, mit welchem die SPD wieder glaubhaft die Massen gewinnen könnte? Richtig, das ist die Ungleichheit!



Jan Siebert (30) ist Mitglied im Landesvorstand und dort im Schwerpunkt „Wirtschaft von morgen“. Er arbeitet als Volkswirt an der Universität Duisburg-Essen. Zwischen 2008 und 2011 war er Vorsitzender der Jusos im Kreis Unna. Trotz seiner westfälischen Herkunft liebt er den Rheinischen Frohsinn und obwohl er in Dortmund lebt, brennt er für den FC Bayern.

UNTER- NEHMENSKULTUR IST #WANDELBAR! BERICHT VOM FORUM DER NRW JUSOS



Was machen Jusos, wenn sie sich treffen? Richtig: sich weiterbilden und diskutieren. Das Forum „Wandel der Unternehmens-

kultur“ Ende Februar war hierfür eine gute Gelegenheit.

In vier Workshops und zwei Podien haben wir uns wieder die Köpfe heiß diskutiert und um progressive Lösungen gerungen. So wurden die Vor- und auch Nachteile des Teamworks vorgestellt, denn auch wenn Verantwortungsübergabe von Unternehmen auf Beschäftigte erstmal super klingt, ist der Weg in die Ausbeutung durch zu hohe Arbeitslast einfach: Die Beschäftigten versuchen die zu hohe Arbeitslast dennoch zu bewältigen und verfallen damit einem Mechanismus der Selbstausbeutung. Die gesteigerte Effizienz nützt allerdings vor allem den Unternehmen und nicht den Beschäftigten. Die einzige Möglichkeit diesem entgegenzuwirken ist es sich dieser indirekten Steuerung bewusst zu werden und zu wehren. „Sich wehren“ ist auch ein Grundprinzip der Gewerkschaften. Um ihre Rolle in der Zeit der Digitalisierung ging es in einem weiteren Workshop. Durch die verschiedenen Entwicklungen des Arbeitsmarktes wie Automatisierung oder Flexibilisierung entstehen sowohl neue Chancen als auch neue Risiken für die Beschäftigten. Hierbei hilft es dann aber nicht Arzt/ Ärztin oder Apotheker*in zu fragen, sondern mithilfe der Gewerkschaften darauf aufmerksam zu machen und gesetzliche Ver-

änderungen anzustreben. Hierfür existiert das Grünbuch „Arbeiten 4.0“, in welchem sowohl von Arbeitgebendenseite als auch von Gewerkschaftsseite beleuchtet wurde, was „Gute Arbeit“ ausmacht. Ob Mitbestimmung, Gestaltung neuer Arbeitsprozesse oder Souveränität bei der Erbringung der Arbeitsleistung. Vieles klingt erstmal positiv, hat aber auch schnell negative Auswirkungen, wenn man die Spannweite der Auslegungsmöglichkeiten durch den*der Arbeitgeber*in nicht klar definiert.



Über 80 Jusos diskutierten Ende Februar über den Wandel der Unternehmenskultur

Mit dem Ausgangspunkt einer LaKo-Beschlusslage konnten sich einige von uns Jusos mit dem Aspekt, inwiefern nachhaltiges Wirtschaften Arbeitnehmende stärkt, beschäftigen. So wurde auf Grundlage von Marx diskutiert wie es Arbeitnehmenden möglich ist selbst von Veränderungsprozessen ökologischer Produktivkräfte zu profitieren und diese Vorteile nicht alleine den Arbeitgebenden zu überlassen.

Auch die Vorteile der Risikofinanzierung staatlicher Innovationspolitik wurde behandelt.

Doch funktioniert das alles nur auf nationaler Ebene oder sind wir als internationalistischer Richtungsverband einer anderen Meinung? In einem vierten Workshop wurde genau dieser Aspekt angegangen. Die Effekte von Protektionismus, Freihandel und Angebot und Nachfrage wurden frei nach Siedler von Catan nachgestellt. So wurde auch der Sinn oder Unsinn eines europäischen Mindestlohns diskutiert. Festgestellt wurde letztlich vor allem, dass der internationale Binnenmarkt als Freihandelszone Wettbewerb zwischen Arbeitnehmenden schafft und die Wohlstandsunterschiede zusätzlich für einseitige Migrationsströme sorgen. Daher wäre der Mindestlohn als Symptombekämpfung notwendig, den Wurzeln des Wettbewerbs muss aber anders begegnet werden.

Zu guter Letzt noch ein kleiner Werbeblock für das VWE „Zukunft des Arbeitsmarktes“: Auf dem Forum haben wir schon einmal das Thema Tarifeinheitsgesetz mit einem kurzen Austausch von Statements und anschließender Themensammlung, welche Aspekte wir vertieft behandeln sollten, angerissen. Den Rest und noch viel mehr gibt es dann in Duisburg. Ein Besuch lohnt sich also!



Halice Kreß-Vannahme kommt aus Aachen, studiert in Duisburg und lebt im Zug. Sie ist Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos und dort im Schwerpunkt Wirtschaft, sowie den Leitlinien Gleichstellung und Antifa tätig. Sie legt Wert auf die Feststellung, dass ihr Name nicht „Alice“ ist.



AUSSENANSICHT

Diese Außenansicht ist im März 2016 wenige Tage nach drei Landtagswahlen entstanden, bei denen die rechtspopulistische AfD in drei Landtage einzog und in zwei Ländern mehr Stimmen als die SPD erhielt. Dieses für die Demokratie in unserem Land belastende Ereignis muss zum einen zum Anlass genommen werden, um Gründe hierfür genau zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln, zum anderen aber auch, um bisherige Arbeitsweisen, Denkmuster und Strukturen kritisch zu hinterfragen. Dabei gilt es natürlich keineswegs Abstand von eigenen Idealen oder Werten zu nehmen oder sich durch populistische Darstellungen anzubiedern. Vielmehr sollten Ursachen für bestimmtes Wahlverhalten näher betrachtet und das eigene Agieren reflektiert werden.

Organisationen können eine solche „krasse Situation“ als Lernimpuls nutzen und die eigene Weiterentwicklung beschleunigen oder sogar eine notwendige Veränderung initiieren.

Der renommierte Organisationsforscher Karl E. Weick spricht in diesem Zusammenhang von „Momenten, in denen Sinngebungsprozesse offenkundig werden“. Meine Betrachtung geht grundsätzlich auf die folgenden zwei Handlungsfelder für die NRW Jusos ein:

- Rolle innerhalb der Gesamtpartei SPD/NRWSPD
- Wirken in die Gesellschaft und Austausch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren

Zunächst: Gut, dass der politische Kurs der Jusos weiter links zu verorten ist, als der Kurs der Gesamtpartei. Während den Regierungspartnern der GroKo teilwei-

se mangelnde politische Differenz vorgeworfen wird, kann auf Augenhöhe der Jugendorganisationen hiervon nicht die Rede sein. Die NRW Jusos wirken auf mich frech, sozial, agil und bringen zu sehr vielen Themen einen jungen und dennoch fundierten Blick ein. Die Positionen sind dabei durchaus mutig formuliert und progressiv. Die gemeinsame Forderung mit der Grünen Jugend NRW nach Absenkung des Wahlalters auf 16 ist dabei zum Beispiel ein Thema, das auch der Mehrheit der großen nordrhein-westfälischen Jugendverbände aus der Seele spricht. Das von Gegner_innen dieser Forderung oft skizzierte Horrorszenario, das vor einem möglichen Anstieg der Stimmen von demokratiefeindlichen Parteien warnt, kann indes auch leicht widerlegt werden.¹ Auch auf Bundesebene setzt sich nach meiner Empfindung diese progressive Grundhaltung links von der Mutterpartei fort. Damit verbunden muss aber natürlich kritisch hinterfragt werden, inwieweit sich diese Positionen der Jusos auch in der Gesamtpartei durchsetzen. Zu oft kommt der Standpunkt der Jugend nicht zum Zug und es stellt sich das Gefühl ein, dass die Jusos als „gutes Gewissen der Partei“ kaum gehört werden.

Dies leitet uns zur Frage, wie die Jusos sich mehr Gehör und Schlagkraft in der Partei verschaffen können.

Der österreichische Schauspieler Karl Farkas wird mit den Worten: „Beziehungen sind eine Rutschbahn nach oben“ zitiert. Ein Umstand, der auch für den Erfolg der Jungsozialist_innen eminent zu sein scheint. Viele Fürsprecher_innen für eigene Positionen inner- und außerhalb der Partei zu gewinnen ist wesentlich. In diesem Zusammenhang lautet mein Appell, deutlich öfter auch außerhalb der parteiinternen Strukturen, aber selbstverständlich als Vertretung der Jusos, wahrnehmbar zu sein und sich in viele gesellschaftliche Themen einzuschalten. Es reicht nicht, nur innerparteilich zu wirken oder den Kontakt zur Umwelt erst schwerpunktmäßig vor den Wahlen zu intensivieren. Mehr Dialog mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur_innen, um politische Sachfragen, aber auch darüber hinaus, kann wesentliche positive Implikationen auf die eigenen Struktur mit sich bringen. Exemplarisch können hier die Selbstorganisationen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund als mögliche Dialogpartner_innen

genannt werden. Dabei rede ich keineswegs nur von Grußworten zu feierlichen Anlässen. Die Vorstellung, die Herzen von Migrant_innen mit schönen Reden auf einer Feier erobern zu können, gilt schon längst nicht mehr. Viel mehr wünschen sich diese Gruppen deutlich mehr Augenhöhe. Jugendverbände wie der BDAJ und viele andere, die grundsätzlich auch politisch im Umfeld der Sozialdemokratie anzusiedeln sind, bieten eine große Chance, mit jungen Menschen in politische Gespräche zu kommen. Hier haben NRW Jusos und BDAJ mit einem Vorstandstreffen im Dezember einen guten Grundstein gelegt. Dieser Weg muss fortgeführt werden. Denn die Sichtbarkeit vor Ort schafft bei jungen Menschen, die in diversen Vereinen/Verbänden organisiert sind Vertrauen und verhilft vielleicht auch zu dem einen oder anderen Neumitglied. Dabei muss selbstredend auch auf die politische Grundintention des Gesprächspartners geachtet

werden, was aber den Jusos u.a. schon mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss im Jahr 2011 mit den rechtsextremen türkischen „Grauen Wölfen“ gut gelungen ist² und den ich an dieser Stelle als vorbildlich für die anderen Jugendorganisationen der politischen Parteien begrüßen möchte. Gemeinsam mit Partnerorganisationen sollten auch wichtige gesellschaftliche Sachthemen angegangen werden und man wird überrascht sein, wie viel Manpower in diesen Organisationen teilweise steckt. Für 2017 wird ein möglicher Einzug der AfD in den Landtag Nordrhein-Westfalens ein wichtiges Thema sein. Dagegen jetzt schon ein breites Bündnis zu planen, ist ein Unterfangen, dem sich die Jusos mit Sicherheit annehmen sollten. Ich wünsche gutes Gelingen!



Serdar Akin ist Geschäftsführer des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in NRW e.V. (BDAJ-NRW), eines Kinder- und Jugendverbandes in NRW mit knapp 16.100 Mitgliedern im Alter bis 27 Jahren in 58 Standorten in Nordrhein-Westfalen. Der BDAJ-NRW versteht sich auch als Migrant*innenjugendselbstorganisation und ist Mitgliedsverband des Landesjugendrings NRW.

¹ Die U18-Wahlen von 2012 in NRW ergaben nämlich lediglich einen Anteil von 2,6 % für die rechtsradikale NPD. Alle anderen Stimmen gehen zum sehr großen Teil an Parteien, die ihren festen Platz im demokratischen System haben.

² Vgl.: http://www.jusos.de/sites/default/files/Antragsbuch%20Juso-Bundeskongress%202011_0.pdf, Seite 101

NRW JUSOS: AUF DER RUTSCHBAHN NACH OBEN!?

RÄTSEL

Direktor des Kulturwiss. Instituts Essen
(Claus) →

Griech.-mazed. Grenzort →

Schäubles liebste Wirtschaftstheorie →

Autor von „Ungläubiges Staunen“
(Nachname) →

Oscar 2016 als „Bester Film“ →

Austropop-Band →

Philosophie Sartres, Camus',
de Beauvoirs →

Pipelineprojekt durch die Ostsee →

Zeitmaschine aus
„Zurück in die Zukunft“ →

Institution der EU →

Lösungswort an www.nrw-jusos.de/raetsel schicken, Büchergutschein gewinnen.
Einsendeschluss ist der 30.6.2016.

Brüssel, 22.03.2016

Kurz nach zwei Explosionen am Flughafen detonierte in der Metrohalte Maalbeek im Herzen des EU-Viertels eine weitere Bombe. Insgesamt verloren mehr als 35 Menschen ihr Leben. Die ersten Reaktionen panisch, dann trotzig, ja fast stoisch. Fast scheint es, als hätten nach Paris alle darauf gewartet. Tatsächlich könnte man sagen, es war nur eine Frage der Zeit. Das nimmt den Ereignissen nichts von ihrem Schrecken, ist aber eine Erklärung dafür, weshalb das öffentliche Leben einfach weiterging. Dass das nicht für die Politik gilt, ist aber auch klar. Noch am Tag der Anschläge ging die Hatz auf die Schuldigen los, begann der Sturm auf die Grundsätze der freiheitlichen Demokratie. Die demokratische Gesellschaft schützt man aber nicht durch die Beschneidung von Demokratie und Gesellschaft, sondern durch ein mehr von beidem. Wir trauern mit den Familien der Opfer. Und wir kämpfen mit allen, die sich gegen ihre Instrumentalisierung stellen. Gegen Terrorismus! Für Freiheit und Solidarität!

Impressum

Herausgeber:
Jusos in der SPD
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Tel.: 02 11/1 36 22-325
Web: www.nrwjusos.de
eMail: magazin@nrwjusos.de

V.i.S.d.P.: Guido Kleineheilmann
Grafik: Felicitas Horstschäfer
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop
Auflage: 8000
Erscheint einmal im Quartal